



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Cleinow, Georg: Die Machtfrage in Preußen

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Die Machtfrage in Preußen

Von Georg Cleinow



Der Kampf im Hause der preußischen Abgeordneten, dessen Zeugen wir sind, mutet an wie das Ringen an der Westfront zur Zeit des Stellungskrieges. Es ist ein zähes, heißes Ringen! Die Verfassung ebenso wie die Geschäftsordnung geben dafür den weiten Rahmen, das Gelände. Jede Position wird mit allen Kunstgriffen der Parteitechnik angegriffen und verteidigt. In Friedenszeiten würde eine Dauer-schlacht im Abgeordnetenhaus wie diese von dem Lärm der Presse und der Versammlungen im Lande begleitet sein; zum wenigsten würde die Presse die Intensität des Kampfes vor und hinter den Kulissen widerspiegeln. In unserer Zeit fehlt die Begleitmusik fast vollständig, — nicht etwa, weil die böse Zensur oder der Papiermangel den streitbaren Federn Beschränkungen auferlegten — gewiß, die sind auch vorhanden —, wohl aber in erster Linie deshalb, weil brennendere Fragen, die ernststen Fragen unserer internationalen und staatlichen Zukunft alles Denken und Empfinden der Nation beherrschen. Das ist ein gefährliches Moment für die allgemeine Lage. Auch sehr liberale Kreise wollen in dem Ringen um die Wahlrechtsänderung in Preußen nicht so sehr einen Kampf um Lebensfragen der Nation als um Machtfragen der Parteien erkennen. Selbst ganz nahe der Regierung scheinen solche Auffassungen Boden zu haben. Andernfalls hätte die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ am Donnerstag in ihrer Nummer 297 im Hinblick auf die Stärkung der konservativen Positionen nicht schreiben dürfen, „die Interessen der konservativen Partei sollten durch geschickte Taktik soweit gewahrt werden, wie es vom Standpunkte einer geschlossenen Gegnerschaft gegen das gleiche Wahlrecht möglich war. Ob auch die vaterländischen Interessen dabei voll zur Geltung kommen können, wird die Zukunft lehren“. Hieraus kann gefolgert werden, daß in Regierungskreisen der tiefere Sinn des Kampfes und die tiefere Bedeutung seines Ausganges für die Zukunft Preußens und des deutschen Volkes nicht begriffen wird. Nein, es handelt sich nicht um parteipolitische Machtfragen!jene liberalen Männer, die sich gegenwärtig hinter Herrn von Heydenbrand gestellt haben, haben es gewiß nicht getan, um die Macht der konservativen Partei zu befestigen. Es handelt sich hier um mehr und um höheres. Nicht nur

äußerlich, auch ihrem inneren Wesen nach sind die innerpolitischen Kämpfe mit jenen blutigen in Frankreich in eine Parallele zu stellen.

Wir können darüber an dieser Stelle um so gelassener sprechen, als die „Grenzboten“ lange vor dem Kriege für eine Verbesserung des preußischen Wahlrechtes und für seine Anpassung an die veränderten Verhältnisse im Lande, an die Verschiebung in der Bevölkerung sowie an die fortschreitende allgemeine Bildung eingetreten sind; an der konservativen Parteileitung wurde wegen ihres in dieser Frage durchaus ablehnenden Standpunktes scharfe Kritik zu einer Zeit geübt, als es noch mit Unbequemlichkeiten für uns verbunden war. Ein Wahlrecht kann für uns kein Dogma sein; in dieser Hinsicht sind wir weder Demokraten noch starre Konservative, weder Gegner noch Anhänger des gleichen Wahlrechtes als Prinzip. Wir sind einfach Anhänger des deutschen Fortschrittes, bewußte Förderer weitester deutscher Kraftentfaltung in kulturellem, wirtschaftlichem und politischem Sinne. Von diesem Standpunkte aus fordern wir vor allen Dingen eine starke, zielstrebige Regierung, und da die beiden Kammern des Landtages verfassungsgemäß schwerwiegende Faktoren der Gesetzgebung in Preußen sind, fordern wir ein Wahlrecht, das eine entsprechende Zusammensetzung der Kammern gewährleistet.

Als der preußische Minister des Innern im Herbst vorigen Jahres die Wahlrechtsvorlage einbrachte, konnten wir die Hoffnung hegen, daß die Staatsregierung bereits einen sorgfältig durchkonstruierten Gesetzentwurf, der den eigenartigen Verhältnissen Preußens gerecht würde, zu ihrer Verfügung habe. Herr Dr. Drews schien uns durch seine Persönlichkeit eine Gewähr dafür zu bieten, daß er solchen Entwurf nach und nach zum Gemeingut aller auf dem nationalen Boden stehenden Parteien machen würde. In dieser Annahme sind weite Kreise getäuscht worden. Die Regierung legte dem Abgeordnetenhause lediglich die Forderung vor, sich für das gleiche Wahlrecht, also für eine Theorie zu erklären, ohne Rücksicht darauf zu nehmen, ob diese Theorie auf die Praxis des preußischen Lebens im Rahmen des Reiches und unter den durch den langen Krieg geschaffenen Verhältnissen anwendbar sei oder nicht. In dunklen Wendungen wurde bei der Einbringung der Vorlage von Sicherungen gesprochen, die von der Kammer hinzugefügt werden könnten. Die Regierung verzichtete darauf, die Sicherungen von sich aus einzubauen. Durch ihre Haltung während der verschiedenen Phasen des parlamentarischen Kampfes hat sie offenbart, daß sie selbst keine klare Vorstellung von den notwendigen Sicherungen hatte. Die Folge dieser unzulänglichen Vorbereitung des Gesetzentwurfs war zunächst eine völlige Verwirrung der öffentlichen Meinung und die Belastung des Parlamentes mit einer Arbeit, die weit über den Rahmen seines Aufgabekreises hinausgeht. Grundlegende Reformen können nicht von Versammlungen geschaffen werden, — das ist die Aufgabe des führenden Staatsmannes. Es erweist sich, daß die sogenannten Sicherungen den Regierungsentwurf überhaupt aufheben, wenn sie wirksam sein sollen und daß sie unwirksam bleiben würden, wenn sie den Grundgedanken des Gesetzes nicht anzutasten vermögen. Die Konsequenz solcher Erkenntnis wäre nun eigentlich, daß die Regierung ihren Entwurf zurückzöge und ihre Geheimräte beauftragte, einen neuen, dem Bedürfnis besser angepaßten auszuarbeiten. Statt dessen sehen wir, daß die Fehlkonstruktion durch sechs Lesungen geschleppt werden soll, und daß noch viele Monate hindurch Kräfte, Zeit und Geld und Stimmung, vor allen Dingen Stimmung vergeudet

werden sollen, um einen in jedem Falle unzureichenden Kompromiß zustande zu bringen.

Die Unzulänglichkeiten des Entwurfes treten um so greller ins Tageslicht, weil hinter ihm nicht die Persönlichkeit des Schöpfers stehen kann. Der Vater der Vorlage, d. h. der geistige, ist nicht mehr im Amt. Herr von Bethmann Hollweg hat, nachdem der Rahmen für eine Reform einige Wochen vorher mit einer stattlichen Mehrheit im Abgeordnetenhaus verabredet und die schnelle Verabschiedung des Gesetzentwurfes sicher gestellt war, für diese Mehrheit unerwartet den kaiserlichen Erlaß herbeigeführt, der das gleiche Wahlrecht als angeblich unantastbare Grundlage in Aussicht nimmt. Er selbst ist aus dem Amt geschieden. Man muß sich den Nervenzustand des damaligen Reichskanzlers im Sommer 1917 vergegenwärtigen, so wird man begreifen — freilich nicht entschuldigen — wie die königliche Botschaft möglich geworden ist, ohne gleich zu dem kränkenden Schluß zu kommen, daß der Kanzler sich mit dem Manöver selbst im Amt halten wollte. Herr von Bethmann Hollweg stand damals ganz im Schlepptau der Reichstagsmehrheit; eine lange Reihe empfindlicher Schlappen in der auswärtigen Politik des Reiches hatte er hinter sich; alle seine Versuche, zum Frieden zu kommen, waren nach der Kriegserklärung durch die Vereinigten Staaten gescheitert: weder der Papst, noch die rote Internationale erwiesen sich als geeignet, die zerrissenen internationalen Verbindungen wieder neu zu knüpfen; dazu kamen sehr drastische Rückschläge in der Polenpolitik und die sehr unerfreulichen Ernteausichten; schließlich die für Herrn von Bethmann Hollweg geradezu unerträgliche Aussicht, sich für eine rücksichtslose, auf die Vernichtung des militärischen Gegners abzielende Kriegführung entscheiden zu müssen, wie sie die Heerführer angesichts der Haltung der Feinde forderten. Herr von Bethmann Hollweg, der seine ganze Politik im Sommer 1917 zusammenbrechen sah, glaubte, in völliger Verkennung des deutschen Geistes, die Truppen zu den bevorstehenden Leistungen nur fortreißen zu können, indem er die Nation mit dem gleichen Wahlrecht für Preußen beglückte. Wer zur Zeit der Veröffentlichung der königlichen Botschaft im Felde stand, weiß, wie wenig das gutgemeinte Dokument verstanden wurde. Kam überhaupt das Gespräch auf die innere Politik, die nicht Wirtschaftspolitik ist, so lautete die Frage: wozu dies jetzt? oder sollte das nicht Zeit bis nach Friedensschluß haben? Die Einbringung der Wahlrechtsvorlage hat dann eher drückend als begeisternd auf die Stimmung gewirkt, weil sie den Treibereien gewisser Kreise in Berlin überhaupt erst Bedeutung in den Augen der Heeresangehörigen verlieh. Die Stimmung in der Armee ist nicht in erster Linie von den politischen Stimmungen in Berlin abhängig, sondern von der Verpflegung im Felde, vom Stande der Operationen, von den Eigenschaften der Unterführer, in zweiter Linie von den Ernährungs- und Erwerbsverhältnissen in der Heimat. Ganz zuletzt und auch nur auf die Etappe und die Lazarette gewinnt auch das Parteigetriebe einigen Einfluß. Verzichte der Diplomatie, gleichgültig, ob sie berechtigt sind oder nicht, drücken die Stimmung, bringt sie dagegen greifbare Werte, so wird die Stimmung gehoben. Der ganze Komplex der Ostfriedensschlüsse hat keine Begeisterung aufkommen lassen, weil sie keine sichtbaren Werte einbringen; sie drücken sogar auf die Stimmung, weil bei ihrem Abschluß Versprechungen gemacht wurden, für die die Grundlagen fehlen. Gehoben bis zur

Begeisterung ist die Stimmung wieder bei den Truppenteilen, die in ihrem stürmischen Drange der Feinde Ball niederwerfen. Die Erhebung der Regierungsvorlage zum Gesetz würde keine Besserung der Stimmung nach sich ziehen, wohl aber eine um so tiefere Verdrossenheit bei allen denen erzeugen, die eine weitere Demokratisierung für die Entwicklung des Vaterlandes für schädlich halten.

Die Gefahr des gleichen Wahlrechtes für Preußen liegt in zwei Tatschengruppen, deren eine dauernd auf uns lasten wird, deren andere mehr als eine Folgeerscheinung des langen Krieges zu bewerten ist.

Auch in friedlichen Zeiten mit normaler Abwicklung des wirtschaftlichen und sozialen Lebens heischt die Nationalitätenfrage in Preußen Berücksichtigung, sobald an eine Änderung des Wahlrechtes herangetreten wird. Insbesondere zwänge die Polenfrage, solche Sicherungen an das Gesetz anzubringen, daß sie den Charakter von drückenden Ausnahmegeetzen bekämen, sollte die im Osten seit Friedrich dem Großen geleistete Arbeit für das Deutschtum und seine Machtstellung gegen Osteuropa nicht preisgegeben werden. Ohne solche Ausnahmegeetze würde der Osten in wenigen Jahren polonisiert sein, selbst wenn wir voraussetzen, daß der auf der Grundlage des gleichen Wahlrechtes zusammengetretene Landtag für alle möglichen künstlichen Abwehrmaßnahmen gegen die Polonisierung zu haben wäre. Die alleinige Tatsache, daß Posen, Westpreußen und Oberschlesien vorwiegend polnische Parlamentsvertreter hätten, würde es der deutschen Bevölkerung außerordentlich erschweren, mit ihren Wünschen und Anliegen bis zu den Parlamenten vorzudringen. Die öffentliche Umgangssprache in allen politischen Versammlungen würde die polnische sein; um sich zu behaupten, würden die Deutschen die polnische Sprache, nicht aber die Polen die deutsche lernen müssen. Die an sich schon vorhandene Landflucht würde neue Anregung bekommen. Ein demokratisierter Landtag würde aber auch trachten, mit allen den der Demokratie unbedeuten Einrichtungen wie Provinzialverfassung und Städteordnung aufzuräumen, und die Städte der Ostmark, mit ihren stolzen Burgen und Wahrzeichen deutscher Kraft, würden vollständig polnischen Verwaltungen ausgeliefert werden. Von der Bureaokratie alsdann einen wirksamen Schutz des Deutschtums zu erwarten, hieße von den Verwaltungsorganen Unmenschliches verlangen. Wenn schon gegenwärtig Regierungspräsidenten und Landräte wegen ihres stramm deutschen Verhaltens versetzt und pensioniert werden, so muß damit gerechnet werden, daß unter der Herrschaft eines demokratischen Landtages jeder Beamte, der es nicht verstände in seinem Dienstbereich „friedliche“ Verhältnisse zu bewahren, d. h. nach der Pfeife der polnischen Abgeordneten zu tanzen, glatt sein Amt verliert. Die Verhältnisse werden noch kritischer durch die wirtschaftliche Angliederung von Russisch-Polen an Mitteleuropa. Die Kaufmannschaft der deutschen Ostmark, der sich ein neues Hinterland aufstun soll, wird in diesem Hinterlande nur erfolgreich wirken können, wenn sie sich in der Heimat von jedem nationalen Selbstbehauptungskampfe fernhält. Geht sie aber erst des nachdrücklichen Rückhaltes in Preußen verlustig, dann dauert es auch keine zwei Menschenalter und sie ist polonisiert, wie die deutschen und jüdischen Geschäftsleute in Warschau in der kurzen Zeitspanne von 1875 bis 1895 polonisiert wurden. Es ist nicht meine Absicht, die für das Ostmarkendeutschtum mit der Demokratisierung des preußischen Wahlrechtes herausziehenden Gefahren in ihrem vollen Umfange hier darzustellen. Wie ernst die Zukunft be-

urteilt wird, kam in der vertraulichen Aussprache voll zum Ausdruck, die vor einigen Wochen der Hauptvorstand des Ostmarkenvereins gelegentlich des Deutschen Tages zu Bromberg gepflogen hat. Worauf ich hinaus will ist, zu zeigen, daß der angebliche Ausgleich, der durch das gleiche Wahlrecht in preußischen Landen herbeigeführt werden soll, in der Ostmark lediglich die Verhältnisse umkehrte, indem er aus dem herrschenden Deutschtum ein nachgeordnetes machte, und daß er zu einer völligen Sonderstellung der Ostmark führen würde entweder durch die überragende Stellung, die dem Polentum eingeräumt wird oder durch die Ausnahmegesetze, die das Deutschtum schützen müßten.

Es mag vielen, besonders in den westlichen Provinzen Preußens, ein schweres Opfer sein, an den Grundlagen des gegenwärtigen Wahlrechtes festhalten zu sollen. Dies Opfer muß gebracht werden oder Preußen müßte als Vormacht gegen den Osten abdanken. Ehe das Reich nicht entschieden hat, wie die Polenfrage weiter entwickelt werden soll, darf das Fundament des Deutschtums in der Ostmark unmöglich so erschüttert werden, wie es durch die Einführung des gleichen Wahlrechtes in Preußen geschehen würde. Ist sich die Regierung bewußt, daß es sich um den Besitz oder Verlust reicher deutscher Provinzen handelt und geht sie gegen die Mehrheit des Abgeordnetenhauses dennoch auf das gesteckte Ziel los, so mag sie auch wissen, daß sie um die sehr unzuverlässige Gunst von einigen hundert oder selbst tausend Berufspolitikern die Stimmung von Millionen Deutschen vernichtete und sich damit nur neue Faktoren schüße, die die friedliche und gesunde Entwicklung des Reiches auf das schwerste gefährden.

Damit komme ich zu der anderen Tatsachengruppe, die gegen die Einführung des gleichen Wahlrechtes in Preußen während des Krieges spricht, zu den Folgeerscheinungen des Krieges. Kein nüchterner Beurteiler der Lage im Innern wird es leugnen wollen, daß der jahrelange Zwang, der auf allen Schichten der Bevölkerung lastet, eine tiefe Unzufriedenheit, Nervosität und unbegrenztes Mißtrauen gegen die Zivilgewalten erzeugt hat. Hätte uns ein gnädiges Geschick nicht eine verhältnismäßig große Zahl über den Durchschnitt hervorragender Männer in der Armee bescheert und dazu begnadete Führer und Charaktere, . . . die Mut über all die Sinnlosigkeiten im Leben der Heimat, deren Zeugen wir fast täglich sind, hätte sich Bahn gebrochen. . . . Es werden Zeiten kommen, wo die Heerführer mit ihren wunderbaren Leistungen werden zurücktreten müssen, und die ganze Autorität des Staates wird ausschließlich durch Zivilorgane repräsentiert sein. Mit der Einführung des gleichen Wahlrechtes wird sich die Bureaukratie in Preußen nicht ein Zota Autorität bei den Massen erwerben, eher schon die vorhandene Autorität weiter untergraben helfen. Wird auch der Abbau des Kriegszustandes wegen der Größe der Fronten und besetzten Gebiete nur ganz allmählich erfolgen können, so wird er doch immer noch schneller vor sich gehen, wie der zwangsläufige bureaukratische Apparat es vertragen dürfte. Viele Reibungen werden an allen Orten unvermeidlich sein. Für die Organe der Verwaltung wird der Krieg recht eigentlich erst beginnen, wenn der allgemeine Frieden geschlossen ist. Die Heimgekehrten werden, und mag man ihnen noch so herrliche Begrüßungspforten bauen und noch so schöne Willkommreden halten, enttäuscht sein durch den Zustand, in dem sie ihr Gewerbe, ihre Wirtschaft vorfinden. Die Regierung wird, wenngleich nicht in dem Maße wie die Regierungen der besiegten Länder, mit

einer stark aufgewühlten Stimmung zu rechnen haben, einer Stimmung, die von allen denen nur zu gern genutzt wird, die eigensüchtige Zwecke verfolgen: Einzelpersonen und Parteien! . . . ich brauche nicht deutlicher zu werden. Gewisse Präludien hörten wir kürzlich in den Reichstagsreden des Freisinnigen Herrn Gaußmann und des Unabhängigen Herrn Cohn. Mit der Befreiung Polens, Litauens, Finnlands, ja selbst der Baltischen Provinzen und dem Petroleumvertrage wird die Regierung zunächst nicht glänzen können, wo die ganze finanzielle Last des Krieges trotzdem den heimgekehrten Siegern aufgebürdet wird und Steuern und Monopole, Verkehrsbeschränkungen und wirtschaftliche Reglementierung jede Lust sich zu betätigen erheblich hemmen werden. Und dazu ein Landtag, in dem schärfer noch wie im Reichstage Polen und Sozialdemokraten das Wort führen und ihre Sonderinteressen unter dem Deckmantel der Nächstenliebe vertreten! Wir bekämen gerade das, was jeder weiterblickende Politiker und Staatsmann verhindern möchte: die Revolution oder eine Militärdiktatur mit allen ihren ernstesten Begleiterscheinungen! Herr Korfanty soll sich kürzlich einem ukrainischen Sozialisten gegenüber dahin geäußert haben, vom polnischen Standpunkte aus sei die Lage umso besser, je toller es herginge, d. h. je größer auf der einen Seite der Zwang, auf der andern die Unzufriedenheit sei.

Die Abstimmungen im Abgeordnetenhaus haben der Regierung bewiesen, daß die Zahl derer ständig im wachsen begriffen ist, die die hier angedeuteten Gefahren in ihrem vollen Umfange zu begreifen beginnen, welche in der zu dieser Zeit eingebrachten Wahlreform liegen. Die Regierung sollte sich den gefunden, starken Instinkten anvertrauen, die ihr aus der Haltung der bürgerlichen Parteien entgegenströmen, und nicht jenen nervösen Stimmungen aus dem Sommer 1917. Der Arbeiter, der aus Frankreich, Rußland, Syrien und von allen Meeren nach so langer Abwesenheit heimkehrt, will zunächst Arbeitsgelegenheit und Brot haben, nicht aber das Stimmrecht für den Landtag, — das ist eine Forderung der Heimkrieger. Der Bauer, der die Etappengüter in Frankreich, Flandern und Litauen beackert hat, will sein eignes Land wieder nach allen Regeln der Kunst bewirtschaften; auch ihm liegt der Wunsch nach politischen Rechten ferner. Der Kaufmann will aus der Kriegswirtschaft und all dem demoralisierenden Staatssozialismus hinaus, will seine persönliche Tüchtigkeit wieder wirken lassen und sein Gewerbe wieder ehrbar machen. Und wir andern, der gebildete Mittelstand, wir sind durch den Sozialismus schon so ausgeplündert, daß uns garnicht danach gelüstet, weiter einer sozialistischen Regierungskunst mit ihren userlosen Experimenten ausgeliefert zu werden. Bis auf einige Ehrgeizige, die sich von der Demokratisierung des preußischen Wahlrechtes den Einzug in das Abgeordnetenhaus versprechen, haben auch wir es wirklich nicht eilig mit der Reform. Ordnung wollen wir, Wiederaufbau der Schulen, um unsere arme vernachlässigte Jugend zu tüchtigen moralischen Menschen zu erziehen, nicht Experimente! So steht es am Anfang des einunddreißigsten Regierungsjahres des Königs von Preußen. So sehen die Machtfragen aus, um die im preußischen Abgeordnetenhaus gekämpft wird, — nicht sind es Parteifragen, sondern Fragen um die Zukunft von Nation und Staat.